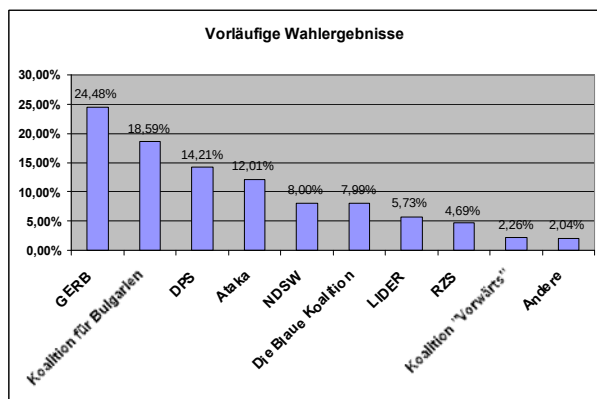




Europawahlen in Bulgarien: K(I)eine Überraschungen

Die Ergebnisse bei den Europawahlen in Bulgarien brachten bei den „großen“ Favoriten keine Überraschungen. Die Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) des Sofioter Oberbürgermeisters Boyko Borissov, konnte ihr schon gutes Ergebnis der ersten Europawahlen in Bulgarien nach dem Beitritt 2007 noch ausbauen und liegt nun bei 24,48% (2007: 21,68%), erhält damit unverändert 5 Mandate. Die „Koalition für Bulgarien“ unter der Führung der BSP, sinkt weiter ab, auf nunmehr 18,59 bzw. 4 Mandate (2007: 21,41%, 5). Die „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS) von Ahmed Dogan erhält 14,21% (2007: 20,26%) und stellt mit nunmehr 3 Abgeordneten einen weniger als zuvor. Auch die nationalistische „Ataka“ musste im Vergleich zu 2007 Stimmen- und Sitzverluste hinnehmen, kommt auf 12,01% und 2 Mandate (2007: 14,20%, 3).

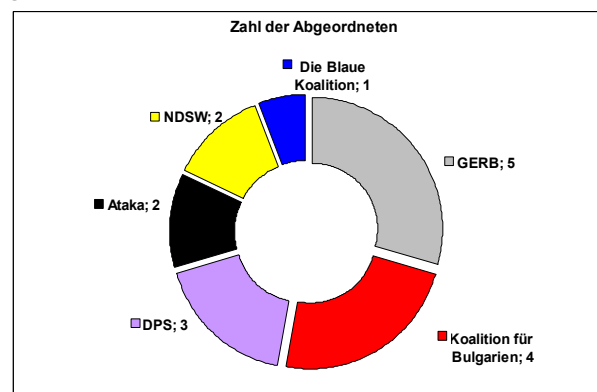


Insgesamt hat Bulgarien im neuen Europaparlament, das entsprechend dem Nizza-Vertrag von 785 auf 736 Mandate verkleinert wird, nur noch 17 Abgeordnete, einen weniger als 2007.

Die eigentliche Überraschung der Wahlen aber war das Abschneiden der „kleinen“ Parteien. Keiner glaubte so recht, dass die „Zaren“-Partei NDSW, die in den Prognosen vor den Wahlen mit 3% ohne Chancen auf Mandate gewährt wurde, mit ihrem „Zugpferd“, der allgemein anerkannten und beliebten EU-

Kommissarin Meglena Kuneva, das Steuer noch herumreißen könnte. Letztlich lag sie in einem spannenden Endspurt mit 8,00% sogar knapp vor der konservativen „Blauen Koalition“ (7,99%) und dürfte somit sogar 2 Abgeordnete nach Brüssel schicken.

Auch die „Blaue Koalition“ kann auf ihren „Einstiegserfolg“ bei den Wahlen zu Recht stolz sein. Aber eine Differenz von 0,01%, und damit einem Abgeordneten weniger, wurmt dann doch und so haben die „Blauen“ bereits einen Antrag auf Stimmnachzählung gestellt.



Ebenso überraschend war das erstaunlich hohe Abschneiden von „Lider“, der Partei des Business-Oligarchen Hristo Kovachki. Mit 5,73% der abgegebenen Stimmen verfehlte „Lider“ nur knapp den Einzug ins Europaparlament. Es war das erste Mal, dass sich Lider zur Wahl stellte!

Mit 4,69% bewies die Partei „Ordnung, Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit“ (RZS) von Yane Yanev, dass man mit einem singulär auf „Kampf gegen Korruption“ aufgebauten Wahlkampf Erfolg haben kann. Yanev war mit RZS in der Koalition „Vereinte Demokratische Kräfte“ (ODS) 2005 ins nationale Parlament gekommen und ging jetzt erstmals allein ins Rennen.

Sowohl „Lider“ als auch RZS würden mit diesen Ergebnissen in das neue nationale Parlament einziehen, das am 5. Juli gewählt wer-

den soll. Damit wären dort dann acht Parteien bzw. Koalitionen vertreten!

Überhaupt waren diese Europawahlen von allen Parteien zur Probeabstimmung für die eigentlich wichtigen Parlamentswahlen hochstilisiert worden. Dies erklärt sicher die für Europawahlen - auch im Vergleich zu anderen EU-Ländern - erfreulich hohe Wahlbeteiligung von 38%.

Noch am Wahlabend ging es bei den Pressekonferenzen nicht um Europa und Fragen der Europapolitik der gewählten Parteien, die Interviews und Medienauftritte läuteten vielmehr die heiße Phase des nationalen Wahlkampfes ein.

Ein aus der Sicht der Demokratieentwicklung sehr wichtiger Aspekt dieser Wahlen war die Tatsache, dass zum ersten Mal überhaupt die Problematik des Stimmenkaufs und der Beeinflussung von Wählerverhalten öffentlich diskutiert und zu einem politischen Thema wurde. Stimmenkauf hatte 2007, insbesondere bei den Kommunalwahlen, eklatant zugenommen. Und Äußerungen wie die des Vorsitzenden der DPS, dass Stimmenkauf eine gängige europäische Praxis sei, hat nicht unbedingt zu einer Besänftigung seitens der Europäischen Kommission geführt. Die Kommission hat seither mehrfach in ihren Berichten auf dieses Demokratiedefizit hingewiesen und Verbesserungen angemahnt. Im Vorfeld der Wahlen wurde eine Reihe von Änderungen in der Gesetzgebung gemacht, um den Wahlkampf durchsichtiger zu machen. So wurden die Spenden von juristischen Personen verboten und diese von natürlichen Personen eingeschränkt, dagegen wurde die staatliche Unterstützung erhöht. Der Kauf und Verkauf von Stimmen wurde unter Strafe gestellt. In allen Werbematerialien für die Wahlen sollte darauf verwiesen werden, dass Kauf und Verkauf von Stimmen strafbar sind. Eine bedeutende Rolle in diesem Prozess spielte die „Bürgerinitiative für eine freie und demokratische Wahl“ (SAM izbiram – frei übersetzt „ich wähle ALLEIN“), ein Zusammenschluss von zunächst 9 NGOs und Think Tanks, gegründet Ende 2008, dem sich später weitere, u.a. auch die Gewerkschaften anschlossen. Im Januar 2009 wurde auf ihre Initiative einen „Integritäts-Pakt“ mit den Parteien geschlossen und diese verpflichteten sich u.a. die genannten Erklärungen auf die

Plakate zu setzen, sich zur Offenlegung der Wahlkampffinanzierung bereit zu erklären und noch vor den Wahlen entsprechende Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Zwar wurden immer noch zahlreiche Fälle von erfolgter bzw. versuchter Wahlbeeinflussung gemeldet und die „Instrumente“ des Wahlbetrugs weiterentwickelt (Güter statt Cash, Einschüchterung auf Betriebsebene, Kauf ganzer Wahlkommissionen und damit Wahlprotokollen). Nach Einschätzung von SAM-i stimmten mindestens 16.5% der Bürgerinitiative „kontrolliert“ ab, vermutlich aber wesentlich mehr. Insgesamt hat die öffentliche Aufmerksamkeit aber sicher dazu geführt, dass Stimmenkauf in Praxis nicht mehr so kaltschnäuzig wie früher erfolgte. Und auch der parallelen Exit-Poll von SAM-i kam zu ähnlichen Ergebnissen wie später offiziell verkündet.

Ein Punkt, der auf der gestrigen Pressekonferenz der Bürgerinitiative – unterstützt von vom FES Büro in Sofia - erläutert wurde, betraf das neue Phänomen des „Stimmen-Schiebens“. Gemeint ist, dass die Wählerschaft von DPS so kontrolliert ist, das Ahmed Dogan gezielt Anweisungen geben konnte, in bestimmten Gebieten NDSW oder „Lider“ statt ihn zu wählen. Der Hintergrund dafür ist, das er Sorge hatte, er könne bei einer geringen Wahlbeteiligung noch stärker werden, womöglich zweiter oder gar erster und das hätte zu einer „anti-türkischen“ Mobilisierung geführt. Schon 2007 stand er zeitweilig vor diesem Problem, dass dann in den Endergebnissen plötzlich nicht mehr auftauchte. Also: Für Brüssel lieber etwas mehr an NDSW oder „Lider“ geben, bei den nationalen Wahlen dann aber natürlich für DPS!

Die Europawahl, als Vorspeise für das nationale Hauptgericht, die Wahl am 5. Juli, war mit kleinen Überraschungen gespickt, und jetzt werden sich die Politauguren mit Eifer auf die Deutung der gestrigen Ergebnisse und deren Konsequenzen für das Hauptgericht stürzen. Ganz egal wie, es wird hochspannend werden – nach der Wahl am 5. Juli, wenn in den politischen Hinterzimmern bei der Nachspeise um die politische Macht in Bulgarien gefeilscht werden wird.

Sofia, den 8. Juni 2009
Dr. Marc Meinardus